

# Amtsblatt der Europäischen Union

# L 20



Ausgabe  
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

63. Jahrgang  
24. Januar 2020

## Inhalt

### II Rechtsakte ohne Gesetzescharakter

#### BESCHLÜSSE

- ★ **Beschluss (EU) 2020/101 des Rates vom 20. Januar 2020 zur Ernennung eines von der Republik Polen vorgeschlagenen Mitglieds des Ausschusses der Regionen** ..... 1
- ★ **Beschluss (EU) 2020/102 des Rates vom 20. Januar 2020 zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025** ..... 2

#### GESCHÄFTS- UND VERFAHRENSORDNUNGEN

- ★ **Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen** ..... 17

#### Berichtigungen

- ★ **Berichtigung der Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen (ABl. L 321 vom 12.12.2019)** ..... 24
- ★ **Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/1155 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (ABl. L 188 vom 12.7.2019)** ..... 25
- ★ **Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 575/2013, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 806/2014 (ABl. L 314 vom 5.12.2019)** ..... 26

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.



## II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

## BESCHLÜSSE

## BESCHLUSS (EU) 2020/101 DES RATES

vom 20. Januar 2020

**zur Ernennung eines von der Republik Polen vorgeschlagenen Mitglieds des Ausschusses der Regionen**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 305,

auf Vorschlag der polnischen Regierung,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 26. Januar, 5. Februar und 23. Juni 2015 die Beschlüsse (EU) 2015/116 <sup>(1)</sup>, (EU) 2015/190 <sup>(2)</sup> und (EU) 2015/994 <sup>(3)</sup> zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2015 bis zum 25. Januar 2020 erlassen.
- (2) Infolge des Ablaufs der Amtszeit von Herrn Marek OLSZEWSKI ist der Sitz eines Mitglieds des Ausschusses der Regionen frei geworden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Ernannt wird zum Mitglied des Ausschusses der Regionen für die verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 2020:

— Herr Krzysztof IWANIUK, *Wójt Gminy Terespol*.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 20. Januar 2020.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

J. BORRELL FONTELLES

---

<sup>(1)</sup> Beschluss (EU) 2015/116 des Rates vom 26. Januar 2015 zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2015 bis zum 25. Januar 2020 (ABl. L 20 vom 27.1.2015, S. 42).

<sup>(2)</sup> Beschluss (EU) 2015/190 des Rates vom 5. Februar 2015 zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2015 bis zum 25. Januar 2020 (ABl. L 31 vom 7.2.2015, S. 25).

<sup>(3)</sup> Beschluss (EU) 2015/994 des Rates vom 23. Juni 2015 zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2015 bis zum 25. Januar 2020 (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 70).

**BESCHLUSS (EU) 2020/102 DES RATES****vom 20. Januar 2020****zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 300 Absatz 3 und Artikel 305,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2019/852 des Rates vom 21. Mai 2019 über die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen <sup>(1)</sup>,

gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 300 Absatz 3 des Vertrags setzt sich der Ausschuss der Regionen aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammen, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.
- (2) Nach Artikel 305 des Vertrags werden die Mitglieder des Ausschusses der Regionen sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten vom Rat für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.
- (3) Da die Amtszeit der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter am 25. Januar 2020 abläuft, sollten neue Mitglieder und Stellvertreter ernannt werden.
- (4) Am 10. Dezember 2019 hat der Rat den Beschluss (EU) 2019/2157 <sup>(2)</sup> angenommen. Mit diesem Beschluss werden für den Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025 die von der tschechischen, der dänischen, der estnischen, der zyprischen, der lettischen, der luxemburgischen, der niederländischen, der österreichischen, der rumänischen, der slowenischen, der slowakischen und der schwedischen Regierung vorgeschlagenen Mitglieder und Stellvertreter ernannt. Mit dem Beschluss (EU) 2019/2157 werden des Weiteren für denselben Zeitraum drei von der belgischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder, 21 von der deutschen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und 20 von ihr vorgeschlagene Stellvertreter, 16 von der spanischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und 16 von ihr vorgeschlagene Stellvertreter, acht von der irischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und acht von ihr vorgeschlagene Stellvertreter, zehn von der italienischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und 14 von ihr vorgeschlagene Stellvertreter, vier von der maltesischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und vier von ihr vorgeschlagene Stellvertreter sowie acht von der finnischen Regierung vorgeschlagene Mitglieder und acht von ihr vorgeschlagene Stellvertreter ernannt. Die Mitglieder und Stellvertreter, deren Kandidatur dem Rat nicht vor dem 15. November 2019 mitgeteilt worden war, konnten in dem Beschluss (EU) 2019/2157 nicht berücksichtigt werden.
- (5) Bis zum 20. Dezember 2019 sind dem Rat weiteren Listen übermittelt worden: die Liste der von der griechischen, der französischen, der kroatischen, der litauischen, der ungarischen und der portugiesischen Regierung vorgeschlagenen Mitglieder und Stellvertreter sowie die Liste mit vier von der belgischen Regierung vorgeschlagenen Mitgliedern und vier von ihr vorgeschlagenen Stellvertretern, die Liste mit einem von der bulgarischen Regierung vorgeschlagenen Mitglied, die Liste mit einem von der irischen Regierung vorgeschlagenen Mitglied und einem von ihr vorgeschlagenen Stellvertreter, die Liste mit einem von der spanischen Regierung vorgeschlagenen Mitglied und einem von ihr vorgeschlagenen Stellvertreter, die Liste mit 14 von der italienischen Regierung vorgeschlagenen Mitgliedern und zehn von ihr vorgeschlagenen Stellvertretern und die Liste mit 21 von der polnischen Regierung vorgeschlagenen Mitgliedern und 20 von ihr vorgeschlagenen Stellvertretern. Diese Mitglieder und Stellvertreter sollten für denselben Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025 ernannt werden wie die durch den Beschluss (EU) 2019/2157 ernannten Mitglieder und Stellvertreter.

<sup>(1)</sup> ABl. L 139 vom 27.5.2019, S. 13.

<sup>(2)</sup> Beschluss (EU) 2019/2157 des Rates vom 10. Dezember 2019 zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025 (ABl. L 327 vom 17.12.2019, S. 78).

- (6) Dieser Ernennung wird zu einem späteren Zeitpunkt die Ernennung der anderen Mitglieder und Stellvertreter folgen, deren Kandidaturen dem Rat nicht vor dem 20. Dezember 2019 übermittelt wurden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen bzw. Stellvertretern werden für die Zeit vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025 ernannt:

- zu Mitgliedern die Personen, die nach Mitgliedstaaten getrennt in Anhang I aufgeführt sind;
- zu Stellvertretern die Personen, die nach Mitgliedstaaten getrennt in Anhang II aufgeführt sind.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 20. Januar 2020.

*Im Namen des Rates*  
*Der Präsident*  
J. BORRELL FONTELLES

\_\_\_\_\_

## ANHANG I

ПРИЛОЖЕНИЕ I - ANEXO I - PŘÍLOHA I - BILAG I - ANHANG I - I LISA - ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ I - ANNEX I - ANNEXE I -  
PRILOG I - ALLEGATO I - I PIELIKUMS - I PRIEDAS - I. MELLÉKLET - ANNESS I - BIJLAGE I - ZAŁĄCZNIK I - ANEXO I -  
ANEXA I - PRÍLOHA I - PRILOGA I - LIITE I - BILAGA I

**Членове / Miembros / Členové / Medlemmer / Mitglieder / Liikmed / Μέλη / Members / Membres / Članovi /  
Membri / Loceklji / Nariai / Tagok / Membri / Leden / Członkowie / Membros / Membri / Členovia / Člani / Jäsenet /  
Ledamöter**

BELGIË / BELGIQUE / BELGIEN

Mr Willy BORSUS

Member of a Local Assembly: *Municipal Council of Marche-en-Famenne*

Mr Elio DI RUPO

Member of a Regional Executive: *Minister-President of the Government of Wallonia*

Mr Emmanuel DISABATO

Member of a Regional Assembly: *Parliament of Wallonia*

Mr Pierre-Yves JEHOLET

Member of a Regional Executive: *Minister-President of the Government of the Federation Wallonia-Brussels*

БЪЛГАРИЯ

Ms Tanya HRISTOVA

Member of a Local Executive: *Mayor of Gabrovo Municipality*

ΕΛΛΑΣ

Mr Georgios PATOULIS

Member of a Regional Executive: *Region of Attica*

Mr Apostolos TZITZIKOSTAS

Member of a Regional Executive: *Region of Central Macedonia*

Mr Stavros ARNAOUTAKIS

Member of a Regional Executive: *Region of Crete*

Ms Rodi KRATSA

Member of a Regional Executive: *Region of Ionian Islands*

Mr Georgios CHATZIMARKOS

Member of a Regional Executive: *Region of South Aegean*

Mr Konstantinos AGORASTOS

Member of a Regional Executive: *Region of Thessaly*

Mr Konstantinos BAKOYANNIS

Member of a Local Executive: *Municipality of Athens*

Mr Andreas KONDYLIS

Member of a Local Executive: *Municipality of Alimos*

Mr Moses ELISAF

Member of a Local Executive: *Municipality of Ioannina*

Mr Dimitrios KARNAVOS

Member of a Local Executive: *Municipality of Kallithea*

Mr Ignatios KAITEZIDIS

Member of a Local Executive: *Municipality of Pilea-Hortiatis*

Mr Symeon ROUSSOS

Member of a Local Executive: *Municipality of Chalandri*

ESPAÑA

Mr Fernando LÓPEZ MIRAS

Member of a Regional Assembly: *Asamblea Regional de Murcia*

FRANCE

Ms Danièle BOEGLIN

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de l'Aube*

Ms Isabelle BOUDINEAU

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Nouvelle-Aquitaine*

Mr Frank CECCONI

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional d'Ile-de-France*

Ms Vanessa CHARBONNEAU

Member of a Regional Executive: *Conseil régional des Pays de la Loire*

Mr Vincent CHAUVET

Member of a Local Executive: *Commune d'Autun (71)*

Mr Loïg CHESNAIS-GIRARD

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Bretagne*

Ms Yolaine COSTES

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de la Réunion*

Mr Guillaume CROS

Member of a Regional Executive: *Conseil régional d'Occitanie*

Mr François DECOSTER

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional des Hauts de France*

Ms Mélanie FORTIER

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional du Centre Val de Loire*

Ms Cécile GALLIEN

Member of a Local Executive: *commune de Voray (43)*

Ms Karine GLOANEC-MAURIN

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Couëtron-au-Perche (département du Loir-et-Cher)*

Ms Agnès LE BRUN

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Morlaix (département du Finistère)*

Mr Pascal MANGIN

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional du Grand Est*

Ms Sylvie MARCILLY

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de la Charente-Maritime*

Ms Marie-Antoinette MAUPERTUIS

Member of a Regional Assembly: *Collectivité territoriale de Corse*

Mr Jean-Paul POURQUIER

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de la Lozère*

Mr Franck PROUST

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Nîmes (département du Gard)*

Ms Agnès RAMPAL

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional Provence-Alpes-Côte d'Azur*

Mr Christophe ROUILLON

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Coulaines (département de la Sarthe)*

Ms Nathalie SARRABEZOLLES

Member of a Local Executive: *Conseil départemental du Finistère*

Mr Patrice VERCHÈRE

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional Auvergne-Rhône-Alpes*

Mr Jean-Noël VERFAILLIE

Member of a Local Executive: *Conseil départemental du Nord*

Mr André VIOLA

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de l'Aude*

HRVATSKA

Mr Nikola DOBROSLAVIĆ

Member of Regional Executive: *Dubrovnik-Neretva County*

Mr Valter DRANDIĆ

Member of Regional Assembly: *Istria County*

Mr Ivan GULAM

Member of Local Executive: *Municipality of Pirovac*

Mr Bruno HRANIĆ

Member of Local Executive: *Municipality of Vidovec*

Mr Danijel MARUŠIĆ

Member of Regional Executive: *Brod-Posavina County*

Mr Vojko OBERSNEL

Member of Local Executive: *City of Rijeka*

Mr Goran PAUK

Member of Regional Executive: *Šibenik-Knin County*

Ms Jelena PAVIČIĆ VUKIČEVIĆ

Member of Local Executive: *City of Zagreb*

Mr Željko TURK

Member of Local Executive: *City of Zaprješić*

IRELAND

Ms Caroline DWANE STANLEY

Member of a Local Executive: *Laois County Council*

ITALIA

Ms Manuela BORA

*Assessore e Consigliere regionale della Regione Marche*

Mr Roberto CIAMBETTI

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Veneto*

Mr Alberto CIRIO

*Presidente della Regione Piemonte*

Mr Massimiliano FEDRIGA

*Presidente della Regione Friuli Venezia Giulia*

Mr Alessandro FERMI

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Lombardia*

Mr Nicola IRTO

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Calabria*

Mr Marco MARSILIO

*Presidente della Regione Abruzzo*

Mr Sebastiano MUSUMECI

*Presidente della Regione Siciliana*

Mr Enrico ROSSI

*Presidente della Regione Toscana*

Ms Simonetta SALIERA

*Presidente dell'Assemblea legislativa e Consigliere regionale della Regione Emilia Romagna*

Ms Alessandra SARTORE

*Assessore della Regione Lazio*

Mr Christian SOLINAS

*Presidente della Regione Sardegna*

Mr Donato TOMA

*Presidente della Regione Molise*

Mr Luca ZAIA

*Presidente della Regione Veneto*

LIETUVA

Mr Valdas BENKUNSKAS

Member of a Local Assembly: *Vilniaus miesto savivaldybės taryba*

Ms Nijolė DIRGINČIENĖ

Member of a Local Assembly: *Birštono savivaldybės taryba*

Mr Vytautas GRUBLIAUSKAS

Member of a Local Assembly: *Klaipėdos miesto savivaldybės taryba*

Mr Dovydas KAMINSKAS

Member of a Local Assembly: *Tauragės rajono savivaldybės taryba*

Mr Ričardas MALINAUSKAS

Member of a Local Assembly: *Druskininkų savivaldybės taryba*

Mr Bronius MARKAUSKAS

Member of a Local Assembly: *Klaipėdos rajono savivaldybės taryba*

Mr Mindaugas SINKEVIČIUS

Member of a Local Assembly: *Jonavos rajono savivaldybės taryba*

Mr Algirdas VRUBLIAUSKAS

Member of a Local Assembly: *Alytaus rajono savivaldybės taryba*

Mr Povilas ŽAGUNIS

Member of a Local Assembly: *Panevėžio rajono savivaldybės taryba*

MAGYARORSZÁG

Mr István BÓKA

Member of a Local Assembly: *Local Government of Balatonfüred*

Ms Barbara Szilvia HEGEDŰS

Member of a Local Assembly: *Local Government of Veszprém with county rights*

Mr Jácint HORVÁTH

Member of a Local Assembly: *Local Government of Nagykanizsa with county rights*

Mr János Ádám KARÁCSONY

Member of a Local Assembly: *Local Government of Tahitótfalu*

Mr József KÓBOR

Member of a Local Assembly: *Local Government of Pécs with county rights*

Mr Lajos KOVÁCS

Member of a Local Assembly: *Local Government of District 12 of Budapest*

Ms Anna MAGYAR

Member of a Regional Assembly: *County Council of Csongrád Megye*

Mr László MAJTÉNYI

Member of a Regional Assembly: *County Council of Vas Megye*

Mr József RIBÁNYI

Member of a Regional Assembly: *County Council of Tolna Megye*

Mr Patrik SCHWARCZ-KIEFER

Member of a Regional Assembly: *County Council of Baranya Megye*

Mr Oszkár SESZTÁK

Member of a Regional Assembly: *County Council of Szabolcs-Szatmár-Bereg Megye*

Ms Kata TÜTTŐ

Member of a Local Assembly: *General Assembly of Budapest*

POLSKA

Mr Gustaw Marek BRZEZIN

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Warmińsko-Mazurskiego*

Ms Aleksandra DULKIEWICZ

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Gdańska*

Mr Mariusz Rafał FRANKOWSKI

Member of a Local Assembly: *Rada m. st. Warszawy*

Mr Olgierd GEBLEWICZ

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Zachodniopomorskiego*

Mr Paweł GRZYBOWSKI

Member of a Local Executive: *Burmistrz Miasta Rypin*

Mr Krzysztof IWANIUK

Member of a Local Executive: *Wójt Gminy Terespol*

Mr Józef JODŁOWSKI

Member of a Local Assembly: *Rada Powiatu Rzeszowskiego*

Mr Robert KOŚCIUK

Member of a Local Executive: *Burmistrz Krasnegostawu*

Mr Witold Rafał KOZŁOWSKI

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Małopolskiego*

Mr Krzysztof Adam MATYJASZCZYK

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Częstochowa*

Mr Władysław ORTYL

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Podkarpackiego*

Mr Cezary Adam PRZYBYLSKI

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Dolnośląskiego*

Mr Grzegorz Zenon SCHREIBER

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Łódzkiego*

Mr Jarosław Piotr STAWIARSKI

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Lubelskiego*

Mr Dariusz STRUGAŁA

Member of a Local Executive: *Burmistrz Miasta i Gminy Jaraczewo*

Mr Mieczysław STRUK

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Pomorskiego*

Mr Adam Krzysztof STRUZIŁ

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Mazowieckiego*

Mr Rafał Kazimierz TRZASKOWSKI

Member of a Local Executive: *Prezydent m. st. Warszawy*

Mr Ludwik Kajetan WĘGRZYN

Member of a Local Assembly: *Rada Powiatu w Bochni*

Mr Marek WOŹNIAK

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Wielkopolskiego*

Ms Hanna ZDANOWSKA

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Łodzi*

#### PORTUGAL

Mr Vasco Ilídio ALVES CORDEIRO

Member of a Regional Executive: *Governo Regional dos Açores*

Mr Miguel Filipe MACHADO DE ALBUQUERQUE

Member of a Regional Executive: *Governo Regional da Madeira*

Mr Aires Henrique DO COUTO PEREIRA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal da Póvoa de Varzim*

Mr Basílio Adolfo DE MENDONÇA HORTA DA FRANÇA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Sintra*

Ms Cristina de Fátima SILVA CALISTO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Lagoa - Açores*

Mr Fernando Medina Maciel ALMEIDA CORREIA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Lisboa*

Mr Hélder António GUERRA DE SOUSA SILVA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Mafra*

Ms Isilda Maria Prazeres DOS SANTOS VARGES GOMES

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Portimão*

Mr José Agostinho RIBAU ESTEVES

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Aveiro*

Mr José Maria DA CUNHA COSTA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Viana do Castelo*

Mr Luís Miguel DA SILVA MENDONÇA ALVES

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Caminha*

Mr Ricardo Bruno Antunes MACHADO RIO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Braga*

---

## ANHANG II

ПРИЛОЖЕНИЕ II - ANEXO II - PŘÍLOHA II - BILAG II - ANHANG II - II LISA - ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II - ANNEX II - ANNEXE II - PRILOG II - ALLEGATO II - II PIELIKUMS - II PRIEDAS - II. MELLÉKLET - ANNESS II - BIJLAGE II - ZAŁĄCZNIK II - ANEXO II - ANEXA II - PRÍLOHA II - PRILOGA II - LIITE II - BILAGA II

**Заместник-членове / Suplentes / Náhradníci / Suppleanter / Stellvertreter / Asendusliikmed / Αναπληρωτές / Alternate members / Suppléants / Zamjenici članova / Supplenti / Aizstājēji / Pakaitiniai nariai / Póttagok / Membri Supplenti / Plaatsvervangers / Zastępcy członków / Suplentes / Supleanți / Náhradníci / Nadomestni člani / Varajäsenet / Suppleanter**

BELGIË / BELGIQUE / BELGIEN

Mr Hugues BAYET

Member of a Local Executive: *Mayor of Farciennes*

Ms Alexia BERTRAND

Member of a Regional Assembly: *Parliament of Brussels-Capital Region*

Ms Hélène RYCKMANS

Member of a Regional Assembly: *Parliament of Wallonia*

Ms Olga ZRIHEN

Member of a Local Assembly: *Municipal Council of La Louvière*

ΕΛΛΑΣ

Mr Dimitrios PETROVITS

Member of a Regional Executive: *Region of Eastern Macedonia and Thrace*

Mr Alexandros KACHRIMANIS

Member of a Regional Executive: *Region of Epirus*

Mr Nektarios FARMAKIS

Member of a Regional Executive: *Region of Western Greece*

Mr Fanis SPANOS

Member of a Regional Executive: *Region of Central Greece*

Mr Georgios KASAPIDIS

Member of a Regional Executive: *Region of Western Macedonia*

Ms Dimitra ANGELAKI

Member of a Regional Assembly: *Region of Attica*

Mr Dimitrios KALOGEROPOULOS

Representative of a local body with political accountability to an elected Assembly: *Municipality of Palaio Faliro*

Mr Nikolaos VAFEIADIS

Member of a Local Assembly: *Municipality of Athens*

Mr Konstantinos TZIOMIS

Member of a Local Executive: *Municipality of Tripoli*

Ms Katerina CHRYSSOPOULOU

Member of a Local Assembly: *Municipality of Vrillissia*

Mr Nikolaos CHIOTAKIS

Member of a Local Assembly: *Municipality of Kifissia*

Mr Efstratios CHARCHALAKIS

Member of a Local Executive: *Municipality of Kythira*

ESPAÑA

Mr Juan José MARTÍNEZ LOZANO

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Asamblea Regional de Murcia*

FRANCE

Mr Patrick AYACHE

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Bourgogne Franche-Comté*

Mr Jean-François BARNIER

Member of a Local Executive: *Conseil municipal du Chambon-Feugerolles (département de la Loire)*

Ms Nadine BELLUROT

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Reuilly (département de l'Indre)*

Ms Claudette BRUNET LECHENAULT

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de Saône-et-Loire*

Mr Christophe CLERGEAU

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional des Pays de Loire*

Ms Emmanuelle de GENTILI

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Bastia (Corse)*

Mr Christian GILLET

Member of a Local Executive: *Conseil départemental du Maine-et-Loire*

Ms Aurélie GROS

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional d'Ile-de-France*

Mr Thibaut GUIGNARD

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Pléuc-l'Hermitage (département des Côtes-d'Armor)*

Mr Mathieu KLEIN

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de Meurthe-et-Moselle*

Ms Sylvie LABADENS

Member of a Local Executive: *Conseil départemental du Nord*

Mr Gérard LAHELLEC

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Bretagne*

Mr Miguel LAVENTURE

Member of a Regional Assembly: *Collectivité territoriale de Martinique*

Ms Françoise MESNARD

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Saint-Jean d'Angely (département de Charente-Maritime)*

Ms Nicole MULLER BECKER

Member of a Regional Executive: *Conseil régional du Grand Est*

Ms Marie-Luce PENCHARD

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Guadeloupe*

Ms Nicole PEYCELON

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional Auvergne-Rhône-Alpes*

Ms Nicole PIERRARD

Member of a Local Executive: *Conseil départemental de la Moselle*

Ms Martine PINVILLE

Member of a Regional Assembly: *Conseil régional de Nouvelle-Aquitaine*

Mr François-Xavier PRIOLLAUD

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de Normandie*

Mr Bertrand RINGOT

Member of a Local Executive: *Conseil municipal de Gravelines (département du Nord)*

Mr Didier ROBERT

Member of a Regional Executive: *Conseil régional de la Réunion*

Mr Gilles SIMEONI

Member of a Regional Executive: *Collectivité territoriale de Corse*

Mr Claude WALLENDORFF

Member of a Local Executive: *Conseil départemental des Ardennes*

HRVATSKA

Mr Igor ANDROVIĆ

Member of Regional Executive: *Virovitica-Podravina County*

Mr Martin BARIČEVIĆ

Member of Local Executive: *Municipality of Jasenice*

Ms Antonija JOZIĆ

Member of Local Executive: *City of Pleternica*

Mr Darko KOREN

Member of Regional Executive: *Koprivnica-Križevci County*

Mr Ante MILOŠ

Member of Local Executive: *City of Novigrad-Cittanova*

Ms Jasna PETEK

Member of Regional Executive: *Krapina-Zagorje County*

Mr Dinko PIRAK

Member of Local Executive: *City of Čazma*

Mr Matija POSAVEC

Member of Regional Executive: *Međimurje County*

Mr Slavko PRIŠČAN

Member of Local Executive: *Municipality of Rovišće*

IRELAND

Mr Conor MCGUINNESS

Member of a Local Executive: *Galway Waterford City and County Council*

ITALIA

Mr Gaetano ARMAO

*Vicepresidente e Assessore della Regione Siciliana*

Mr Vito BARDI

*Presidente della Regione Basilicata*

Mr Vincenzo DE LUCA

*Presidente della Regione Campania*

Mr Arno KOMPATSCHER

*Presidente e Consigliere provinciale della Provincia autonoma di Bolzano*

Mr Pierluigi MARQUIS

*Consigliere regionale della Regione Autonoma della Valle d'Aosta*

Mr Michele PAIS

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Sardegna*

Mr Alessandro PIANA

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Liguria*

Ms Donatella PORZI

*Consigliere regionale della Regione Umbria*

Mr Francesco RUSSO

*Vice Presidente e Assessore della Regione Calabria*

Mr Piero Mauro ZANIN

*Presidente del Consiglio e Consigliere regionale della Regione Friuli Venezia Giulia*

LIETUVA

Mr Arnoldas ABRAMAVIČIUS

*Member of a Local Assembly: Zarasų rajono savivaldybės taryba*

Ms Vaida ALEKNAVIČIENĖ

*Member of a Local Assembly: Joniškio rajono savivaldybės taryba*

Ms Aleksandra GRIGIENĖ

*Member of a Local Assembly: Visagino savivaldybės taryba*

Mr Domas GRIŠKEVIČIUS

*Member of a Local Assembly: Šiaulių miesto savivaldybės taryba*

Mr Ramūnas GODELIAUSKAS

*Member of a Local Assembly: Rokiškio rajono savivaldybės taryba*

Mr Audrius KLIŠONIS

*Member of a Local Assembly: Plungės rajono savivaldybės taryba*

Mr Algirdas NEIBERKA

*Member of a Local Assembly: Vilkaviškio rajono savivaldybės taryba*

Mr Vytenis TOMKUS

*Member of a Local Assembly: Kaišiadorių rajono savivaldybės taryba*

Mr Mantas VARAŠKA

*Member of a Local Assembly: Kazlų Rūdos savivaldybės taryba*

MAGYARORSZÁG

Ms Boglárka BÁNNÉ GÁL

*Member of a Regional Assembly: County Council of Borsod-Abaúj-Zemplén Megye*

Mr Attila KISS

*Member of a Local Assembly: Local Government of Hajdúböszörmény*

Mr Erik KONCZER

*Member of a Regional Assembly: County Council of Komárom-Esztergom Megye*

Mr Raymund KOVÁCS

*Member of a Local Assembly: Local Government of District 16 of Budapest*

Mr Ádám MIRKÓCZKI

*Member of a Local Assembly: Local Government of Eger*

Mr Zoltán NÉMETH

*Member of a Regional Assembly: County Council of Győr-Moson-Sopron Megye*

Mr Attila PÁL

Member of a Regional Assembly: *County Council of Zala Megye*

Mr Gábor SIMON

Member of a Local Assembly: *Local Government of Miskolc with county rights*

Mr Nándor SKUCZI

Member of a Regional Assembly: *County Council of Nógrád Megye*

Mr Róbert SZABÓ

Member of a Regional Assembly: *County Council of Heves Megye*

Mr Ferenc TEMERINI

Member of a Local Assembly: *Local Government of Soltvadkert*

Mr Botond VÁNTSA

Member of a Local Assembly: *Local Government of Szigetszentmiklós*

POLSKA

Mr Andrzej Krzysztof BĘTKOWSKI

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Świętokrzyskiego*

Mr Rafał BRUSKI

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Bydgoszczy*

Mr Andrzej BUŁA

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Opolskiego*

Mr Marian BURAS

Member of a Local Executive: *Burmistrz Miasta i Gminy Morawica*

Mr Piotr Franciszek CAŁBECKI

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Kujawsko-Pomorskiego*

Mr Jakub Piotr CHEŁSTOWSKI

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Śląskiego*

Mr Jacek GAJEWSKI

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Kujawsko-Pomorskiego*

Mr Robert GODEK

Member of a Local Assembly: *Rada Powiatu Strzyżowskiego*

Mr Wojciech Jan KAŁUŻA

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Śląskiego*

Mr Jakub Michał KWAŚNY

Member of a Local Assembly: *Rada Miasta Tarnowa*

Mr Mirosław LECH

Member of a Local Executive: *Wójt Gminy Korycin*

Mr Sebastian ŁUKASZEWICZ

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Podlaskiego*

Ms Beata Małgorzata MOSKAL-SŁANIEWSKA

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Świdnica*

Ms Elżbieta Anna POLAK

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Lubuskiego*

Mr Piotr Paweł PSIKUS

Member of a Local Executive: *Burmistrz Miasta i Gminy Kępno*

Mr Ludwik Jerzy RAKOWSKI

Member of a Regional Assembly: *Sejmik Województwa Mazowieckiego*

Mr Łukasz Jakub SMÓŁKA

Representative of a regional body with political accountability to an elected Assembly: *Zarząd Województwa Małopolskiego*

Mr Joachim SMYŁA

Member of a Local Assembly: *Rada Powiatu w Lublińcu*

Mr Marek Andrzej TRAMŚ

Member of a Local Assembly: *Rada Powiatu Polkowickiego*

Mr Tadeusz TRUSKOLASKI

Member of a Local Executive: *Prezydent Miasta Białegostoku*

#### PORTUGAL

Mr Rui Jorge DA SILVA LEITE DE BETTENCOURT

Member of a Regional Executive: *Governo Regional dos Açores*

Mr Pedro Miguel AMARO DE BETTENCOURT CALADO

Member of a Regional Executive: *Governo Regional da Madeira*

Ms Anabela GASPAS DE FREITAS

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Tomar*

Mr Carlos André TELES PAULO DE CARVALHO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Tabuaço*

Mr Carlos SILVA SANTIAGO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Sernancelhe*

Mr Luís Manuel DOS SANTOS CORREIA

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Castelo Branco*

Mr Luís Miguel CORREIA ANTUNES

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal da Lousã*

Mr Nuno José GONÇALVES MASCARENHAS

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Sines*

Mr Paulo Jorge FRAZÃO BATISTA DOS SANTOS

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal da Batalha*

Mr Pedro Miguel CÉSAR RIBEIRO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Almeirim*

Mr Rui Miguel DA SILVA ANDRÉ

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de Monchique*

Mr Vítor Manuel MARTINS GUERREIRO

Member of a Local Executive: *Câmara Municipal de São Brás de Alportel*

---

# GESCHÄFTS- UND VERFAHRENSORDNUNGEN

## VERHALTENSKODEX FÜR DIE MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES DER REGIONEN

### Verabschiedet auf der Plenartagung am 5. Dezember 2019

Gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf die Artikel 2 und 3,

gestützt auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere auf die Artikel 300 und 305 bis 307,

gestützt auf die Geschäftsordnung des Europäischen Ausschusses der Regionen (im Folgenden „der Ausschuss“),

in der Erwägung, dass die Mitglieder des Ausschusses Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind,

in der Erwägung, dass die Mitgliedschaft im Ausschuss auf einem aktiven kommunalen oder regionalen Mandat beruht und kein Beschäftigungsverhältnis darstellt und dass die Mitglieder nur eine pauschale Vergütung für Reise- und Sitzungstage und eine Erstattung ihrer Beförderungskosten erhalten,

in der Erwägung, dass die Mitglieder des Ausschusses ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Europäischen Union und ihrer Bürger ausüben,

in der Erwägung, dass es unbeschadet der geltenden Bestimmungen der Geschäftsordnung angebracht ist, in einem Verhaltenskodex bestimmte Verpflichtungen festzuhalten, die sich aus den genannten Bestimmungen ergeben;

hat der Ausschuss beschlossen, den folgenden Verhaltenskodex für seine Mitglieder anzunehmen, den diese zu Beginn ihres Mandats unterzeichnen:

#### Artikel 1

##### **Geltungsbereich**

Dieser Verhaltenskodex gilt für die Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses bei der Erfüllung der ihnen vom Ausschuss übertragenen Aufgaben. Jegliche Bezugnahme auf die Mitglieder schließt auch die Stellvertreter mit ein.

Für den Fall eines mutmaßlichen Fehlverhaltens von Bediensteten gegenüber Mitgliedern des Ausschusses gelten die einschlägigen Bestimmungen<sup>(1)</sup>. Das betreffende Ausschussmitglied unterrichtet den Generalsekretär über das mutmaßliche Fehlverhalten.

#### Artikel 2

##### **Grundsätze**

Die Mitglieder des Ausschusses richten sich in Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nach den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Integrität, Transparenz, Würde und Achtung der Vielfalt.

#### Artikel 3

##### **Unabhängigkeit**

Die Mitglieder erfüllen die ihnen übertragenen Aufgaben in völliger Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Europäischen Union und sind gemäß Artikel 300 Absatz 4 AEUV an keine Weisungen gebunden.

<sup>(1)</sup> Die Bediensteten unterliegen weitgehend dem Statut der Beamten der Europäischen Union und den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union sowie den vom Ausschuss erlassenen Durchführungsbestimmungen.

#### Artikel 4

### Unparteilichkeit und Interessenkonflikte

- (1) Die Mitglieder erfüllen die ihnen übertragenen Aufgaben im öffentlichen Interesse und unparteiisch. Dabei erlangen oder erstreben sie keinerlei unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen oder eine sonstige Vergünstigung.
- (2) Die Mitglieder vermeiden alle Situationen, die zur Entstehung von Interessenkonflikten führen könnten. Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn ein Mitglied ein persönliches Interesse hat, das die Ausübung seines Mandats als Mitglied des Ausschusses in ungebührlicher Weise beeinflussen könnte. Ein Interessenkonflikt liegt nicht vor, wenn das Mitglied lediglich als Teil der allgemeinen Öffentlichkeit oder einer breiten Bevölkerungsschicht profitiert. Ein Interessenkonflikt liegt auch dann nicht vor, wenn ein Mitglied eine Tätigkeit im Rahmen der Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben ausübt, beispielsweise als Mitglied in Entscheidungsorganen von Unternehmen.
- (3) Jedes Mitglied, das der Auffassung ist, dass es sich in einem Interessenkonflikt befindet, trifft im Einklang mit den Grundsätzen und Vorschriften dieses Verhaltenskodexes sofort die notwendigen Maßnahmen, um Abhilfe zu schaffen. Ist das Mitglied nicht in der Lage, den Interessenkonflikt zu lösen, teilt es dies dem Präsidenten und dem Generalsekretär schriftlich mit.

#### Artikel 5

### Integrität

- (1) Die Mitglieder üben die ihnen übertragenen Aufgaben im öffentlichen Interesse und unter Wahrung des Grundsatzes der Integrität aus, ohne dabei im Rahmen ihrer Tätigkeit direkte oder indirekte Vorteile oder Vergünstigungen als Gegenleistung für ein bestimmtes Verhalten zu verlangen oder anzunehmen. Sie vermeiden bewusst jede Situation, die Bestechung, Korruption oder unzulässiger Einflussnahme gleichkommen könnte.
- (2) Die Mitglieder gehen keiner bezahlten Lobbytätigkeit nach, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union steht. Die Vertretung regionaler bzw. lokaler Interessen gilt nicht als Lobbytätigkeit.
- (3) Wenn die Mitglieder an Sitzungen der Arbeitsorgane des Ausschusses, an internen Veranstaltungen, an auswärtigen Veranstaltungen, die vom Ausschuss gemäß seinen eigenen Vorschriften unterstützt werden, sowie an Veranstaltungen teilnehmen, auf denen sie den Ausschuss vertreten, so tun sie das stets als Mitglieder des Ausschusses in Ausübung ihres Mandats.
- (4) Die Mitglieder des Ausschusses nehmen bei der Ausübung ihres Mandats keine Geschenke oder ähnliche Zuwendungen an. Dies gilt nicht für Geschenke, deren ungefährer Wert 100 EUR nicht übersteigt und die nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden. Die Mitglieder können Geschenke annehmen, deren Wert 100 EUR übersteigt und die nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden, sofern sie diese Geschenke während der ersten Sitzung des Ausschusses, an der sie nach Erhalt teilnehmen, im Generalsekretariat abgeben. Der Präsident befindet darüber, ob solche Geschenke sowie Geschenke gleichen Werts, die ihm selbst überreicht wurden, in den Besitz des Ausschusses übergehen oder einer geeigneten gemeinnützigen Organisation gespendet werden. Das Generalsekretariat führt ein Verzeichnis dieser Geschenke. In jedem Fall müssen die Mitglieder die für sie geltenden nationalen, regionalen und lokalen Vorschriften über die Annahme von Geschenken einschließlich der Bestimmungen über den zulässigen Höchstwert derartiger Geschenke einhalten.
- (5) Die Mitglieder halten die für sie geltenden Finanzvorschriften des Ausschusses ein, insbesondere diejenigen in Bezug auf die Erstattung der Reisekosten und die Zahlung der pauschalen Vergütung für Reise- und Sitzungstage.

#### Artikel 6

### Transparenz und Erklärung der finanziellen Interessen

- (1) Bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben sind die Mitglieder der Transparenz verpflichtet und ermöglichen bereitwillig die rechtmäßige öffentliche Kontrolle der Einhaltung der in diesem Verhaltenskodex festgelegten Grundsätze.
- (2) Sollten die Mitglieder des Ausschusses gemäß den nationalen oder subnationalen Rechtsvorschriften verpflichtet sein, eine öffentliche Erklärung über ihre finanziellen Interessen vorzulegen, bestätigen sie innerhalb von 60 Tagen nach Beginn ihres Mandats in eigener Verantwortung dem Präsidenten förmlich, dass sie bei der zuständigen Behörde ihres Mitgliedstaats eine solche öffentliche Erklärung ihrer finanziellen Interessen vorgelegt haben. Sie übermitteln dabei die Internetadresse, unter der die öffentliche Erklärung aufgerufen werden kann, die sie im Einklang mit den einschlägigen, auf

nationaler oder subnationaler Ebene geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf das Mandat oder das Amt vorgelegt haben, für das sie politisch verantwortlich sind und auf dessen Grundlage sie zum Mitglied des Ausschusses ernannt wurden. Die Mitglieder sind persönlich für die Richtigkeit der genannten Internetadresse verantwortlich und unterrichten den Präsidenten von etwaigen Änderungen dieser Adresse vor Ende des Monats, der auf das Eintreten der Änderung folgt.

(3) Sollten die Mitglieder gemäß den nationalen oder subnationalen Rechtsvorschriften nicht zu einer solchen öffentlichen Erklärung ihrer finanziellen Interessen verpflichtet sein, so geben sie diese in eigener Verantwortung unter Verwendung des Formulars im Anhang zu diesem Verhaltenskodex ab und übermitteln sie dem Präsidenten des Ausschusses. In der Erklärung ist jedes Rechtssubjekt anzugeben, an dem das Mitglied ein direktes finanzielles Interesse hat, das nach vernünftigem Ermessen zu einem Interessenkonflikt führen könnte, wenn das Mitglied an einem Beschluss oder Standpunkt des Ausschusses bezüglich dieses Rechtssubjekts mitzuwirken hätte. Ein direktes finanzielles Interesse an einem Rechtssubjekt wird dann als gegeben angenommen, wenn das Mitglied an diesem Rechtssubjekt eine finanzielle Beteiligung hält, durch die es maßgeblichen Einfluss auf dessen Geschäftsführung hat.

(4) Die Mitglieder unterrichten den Präsidenten von etwaigen Änderungen, die sich auf ihre gemäß Absatz 3 vorgelegte Erklärung auswirken, jeweils vor Ende des Monats, der auf das Eintreten der Änderung folgt.

(5) Der Ausschuss stellt der Öffentlichkeit die dem Präsidenten gemäß diesem Artikel übermittelten Informationen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung.

(6) Gehen dem Präsidenten Informationen zu, die ihm Anlass zu der Annahme geben, dass die gemäß Absatz 2 bzw. 3 abgegebene Erklärung der finanziellen Interessen eines Mitglieds sachlich unrichtig oder veraltet ist, kann er das Mitglied auffordern, die Erklärung zu korrigieren, und das Präsidium über das Ergebnis informieren.

(7) Die Berichtersteller legen dem Generalsekretariat eine Liste aller Interessengruppen vor, die zum Gegenstand ihrer Stellungnahme konsultiert wurden. Das Generalsekretariat bewahrt diese Liste auf und veröffentlicht sie auf Nachfrage.

#### Artikel 7

### Würde und Achtung der Vielfalt

(1) Bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben halten die Mitglieder folgende Grundsätze ein:

- a) Sie verhalten sich professionell und enthalten sich in Übereinstimmung mit Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beleidigenden oder diskriminierenden Äußerungen oder Verhaltensweisen, ganz gleich in welcher Form.
- b) Sie begegnen allen Menschen im Ausschuss oder auf Veranstaltungen mit Würde, Höflichkeit und Respekt und ohne Vorurteile und Diskriminierung.
- c) Sie rufen Bedienstete oder andere Mitglieder weder durch Worte noch durch Taten dazu auf oder halten sie dazu an, die in diesem Verhaltenskodex dargelegten Grundsätze oder andere geltende Rechtsvorschriften zu verletzen, zu umgehen oder zu missachten, und sie tolerieren ein derartiges Verhalten nicht.
- d) Sie bemühen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Ausschuss mit der angemessenen Diskretion darum, dass Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte, die im Ausschuss oder auf einer seiner Veranstaltungen auftreten, rasch, gerecht und wirksam beigelegt werden, wobei auch auf mutmaßliche Fälle von Belästigung (Mobbing oder sexuelle Belästigung) zügig zu reagieren ist.

(2) Im Hinblick auf die Anwendung dieses Verhaltenskodexes gilt die Definition des Begriffs „Belästigung“ nach Artikel 12a des Statuts in der Auslegung durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (im Folgenden „Gerichtshof“):

*Als „Mobbing“ wird ungebührliches Verhalten bezeichnet, das über einen längeren Zeitraum, wiederholt oder systematisch in Verhaltensweisen, mündlichen oder schriftlichen Äußerungen, Handlungen oder Gesten zum Ausdruck kommt, die vorsätzlich begangen werden und die Persönlichkeit, die Würde oder die physische oder psychische Integrität einer Person angreifen.*

*„Sexuelle Belästigung“ ist ein der sexuellen Sphäre zugehöriges Verhalten, das von der Person, an die es sich richtet, nicht gewünscht wird und bezweckt oder bewirkt, dass die Würde dieser Person verletzt oder ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, aggressivem oder beschämendem Verhalten geprägtes Arbeitsumfeld geschaffen wird. Sexuelle Belästigung wird wie eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts behandelt.*

## Artikel 8

### Durchsetzung des Verhaltenskodexes

- (1) Der Präsident und die Mitglieder des Ausschusses stellen sicher, dass dieser Verhaltenskodex eingehalten und in gutem Glauben und unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit angewandt wird.
- (2) Ist der Präsident der Auffassung, dass ein Mitglied womöglich gegen diesen Verhaltenskodex verstoßen hat, kann er mit Unterstützung des Generalsekretärs die näheren Umstände dieses mutmaßlichen Verstoßes prüfen. Gelangt der Präsident nach Anhörung des betreffenden Mitglieds und der Aufforderung, sich schriftlich zu der Angelegenheit zu äußern, zu dem Schluss, dass das Mitglied gegen den Verhaltenskodex verstoßen hat, so trifft er nach Konsultation des Ersten Vizepräsidenten und des Vorsitzenden der Kommission für Finanz- und Verwaltungsfragen sowie der Vorsitzenden der nationalen Delegation und der Fraktion des betreffenden Mitglieds eine begründete Entscheidung über eine Sanktion und teilt dies dem betreffenden Mitglied mit.
- (3) Sollte der Präsident mutmaßlich gegen den Verhaltenskodex verstoßen haben, so übernimmt der Erste Vizepräsident die dem Präsidenten gemäß Absatz 2 zugewiesene Rolle, und ein Vizepräsident, der einer anderen Fraktion und einer anderen nationalen Delegation als der Erste Vizepräsident angehört, übernimmt die Rolle, die in diesem Absatz dem Ersten Vizepräsidenten zugewiesen wird.
- (4) Die verhängte Sanktion kann in einer oder mehreren der folgenden Maßnahmen bestehen:
  - a) Rüge (mit und ohne Bekanntmachung);
  - b) zeitweiliger Ausschluss von der Teilnahme an den Tätigkeiten des Ausschusses für einen Zeitraum von einer Woche bis zu sechs Monaten;
  - c) bei Verletzung der Geheimhaltungspflichten eine Beschränkung der Rechte auf Zugang zu vertraulichen Informationen für eine Dauer von bis zu einem Jahr;
  - d) Verbot für das Mitglied, innerhalb des Ausschusses in ein Amt gewählt zu werden, zum Berichtersteller bestellt zu werden oder an einer offiziellen Delegation teilzunehmen, bzw., wenn das Mitglied bereits eines dieser Ämter bekleidet oder eine dieser Funktionen erfüllt, Abberufung von diesen Ämtern oder Funktionen.
- (5) Bei wiederholten Verstößen können die in Absatz 4 Buchstaben b und c festgelegten Maßnahmen verdoppelt werden.
- (6) Das betreffende Mitglied kann binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der gemäß Absatz 2 gefassten begründeten Entscheidung beim Präsidium eine interne Beschwerde einreichen. Diese Beschwerde bewirkt, dass die Anwendung der in der begründeten Entscheidung festgelegten Sanktion ausgesetzt wird. Das Präsidium fasst spätestens vier Monate nach Eingang der Beschwerde mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen begründeten Beschluss, durch den die begründete Entscheidung des Präsidenten aufgehoben, bestätigt oder geändert wird. Bestätigt das Präsidium in seinem Beschluss die Entscheidung des Präsidenten, so kann es sich dabei auf dessen Begründung berufen. Der Beschluss des Präsidiums enthält indes eine eigene Begründung, wenn die Entscheidung des Präsidenten darin aufgehoben oder geändert wird. Das Präsidium übermittelt dem betreffenden Mitglied den begründeten Beschluss.
- (7) Das betreffende Mitglied kann binnen zwei Monaten nach Übermittlung des begründeten Beschlusses des Präsidiums gemäß Artikel 263 AEUV Klage beim Gerichtshof einreichen.

## Artikel 9

### Durchsetzung des Verhaltenskodexes bei mutmaßlicher Belästigung eines Bediensteten durch ein Mitglied des Ausschusses

- (1) Abweichend von Artikel 8 gilt dieser Artikel für alle Fälle mutmaßlicher Belästigung eines Bediensteten durch ein Mitglied des Ausschusses. „Bedienstete“ sind Beamte, Bedienstete auf Zeit, Vertragsbedienstete, Interimsbedienstete, Abgeordnete nationale Sachverständige und Praktikanten.
- (2) Für jede neue fünfjährige Mandatsperiode wird ein sechsköpfiger Beirat für Beschwerden wegen Belästigung (im Folgenden „Beirat“) eingerichtet. Das Präsidium schlägt dafür den Vorsitzenden sowie zwei weitere Mitglieder aus den Reihen der Mitglieder der Kommission für Finanz- und Verwaltungsfragen vor. Der Generalsekretär schlägt aus den Reihen der Bediensteten zwei weitere Mitglieder vor. Die Personalvertretung schlägt ein Mitglied vor. Der Präsident des Ausschusses ernennt den Vorsitzenden und die Mitglieder des Beirats und achtet dabei auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis. Ist ein Mitglied des Beirats nicht länger Mitglied des Ausschusses oder Bediensteter, so wird so schnell wie möglich ein neues Mitglied vorgeschlagen und ernannt. Ist ein Mitglied des Beirats an dem untersuchten Fall beteiligt, so wird es für die Dauer des Verfahrens von seinen Pflichten im Beirat entbunden, und es wird so schnell wie möglich ein neues, vorläufiges Mitglied

vorgeschlagen und ernannt. Der Beirat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, wobei mindestens fünf Mitglieder anwesend sein müssen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Beirat arbeitet in völliger Autonomie, Unabhängigkeit und Vertraulichkeit; seine Beratungen sind geheim. Der Beirat wird in seiner Tätigkeit durch das Generalsekretariat des Ausschusses unterstützt, das dabei die volle Vertraulichkeit wahrt. Jede Verletzung dieser Vertraulichkeitspflicht wird vom Präsidenten untersucht und kann für den Betroffenen entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen.

(3) Bedienstete, die sich als Opfer von Belästigung durch ein Mitglied des Ausschusses im Sinne von Artikel 12a des Statuts ansehen, können einen Antrag auf Beistand gemäß Artikel 24 des Statuts bzw. gemäß Artikel 11 (erster Absatz) oder 81 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten stellen. Interimsbedienstete, Abgeordnete nationale Sachverständige und Praktikanten können einen Antrag auf Beistand gemäß Artikel 31 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union stellen. Vor Einreichung des Antrags kann der betroffene Bedienstete informell seine Anstellungsbehörde, jedes Mitglied des Beirats oder das Generalsekretariat des Ausschusses kontaktieren.

(4) Nach Eingang des Antrags gemäß Absatz 3 unterrichtet die Anstellungsbehörde den Beirat und beauftragt die zuständige Dienststelle des Generalsekretariats, eine Voruntersuchung des mutmaßlichen Sachverhalts durchzuführen, um festzustellen, ob es Anscheinsbeweise für Belästigung gibt. Innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Eingang des Antrags legt die zuständige Dienststelle dem Beirat und der Anstellungsbehörde eine Voruntersuchung vor, die auf dem Antrag und, gegebenenfalls etwaigen schriftlichen Aussagen der vorgeschlagenen Zeugen sowie auf Informationen beruht, die von den einschlägigen Dienststellen des Generalsekretariats eingeholt wurden. Liegen der Voruntersuchung zufolge keine ausreichenden Anscheinsbeweise für eine Belästigung vor, so konsultiert die Anstellungsbehörde in Absprache mit dem Beirat den Juristischen Dienst und gibt dem betroffenen Bediensteten Gelegenheit, angehört zu werden, bevor sie auf der Grundlage von Artikel 24 des Statuts eine Entscheidung trifft. Liegen gemäß Voruntersuchung ausreichende Anscheinsbeweise für eine Belästigung vor, so wird der Fall an den Beirat verwiesen.

(5) Der Beirat führt für jeden Fall, mit dem er befasst wird, eine eingehende Untersuchung durch. Der Beirat übermittelt dem betreffenden Mitglied des Ausschusses eine Zusammenfassung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Dem Mitglied des Ausschusses wird eine angemessene Frist von mindestens 15 Arbeitstagen eingeräumt, um zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist erhält der von der Belästigung betroffene Bedienstete eine Zusammenfassung der Stellungnahme des Ausschussmitglieds. Der Beirat prüft, ob Zeugen oder Dritte anzuhören und weitere Untersuchungen erforderlich sind. Der Bedienstete und das Mitglied erhalten eine Zusammenfassung der Zeugenaussagen und werden dazu getrennt voneinander vom Beirat angehört, bevor der in Absatz 6 genannte Bericht angenommen wird.

(6) Der Beirat nimmt auf der Grundlage der von der zuständigen Dienststelle des Generalsekretariats durchgeführten vorläufigen Prüfung und seiner eigenen eingehenden Untersuchung einen Bericht an, der daraufhin dem Präsidenten des Ausschusses, dem Bediensteten und dem Mitglied übermittelt wird. Der Bericht enthält: (1) eine Zusammenfassung der vom Bediensteten erhobenen Vorwürfe, (2) eine Zusammenfassung der Untersuchung einschließlich der Anmerkungen des Ausschussmitglieds sowie aller angehörten Zeugen, (3) eine Würdigung des Sachverhalts und der Beweise, einschließlich der Zeugenaussagen, (4) die Schlussfolgerungen bezüglich der Frage, ob ein Fall von Belästigung vorliegt sowie (5) gegebenenfalls eine Empfehlung für mögliche Sanktionen und sonstige Folgemaßnahmen oder beides. Dem Bericht wird gegebenenfalls eine Minderheitenansicht beigefügt.

(7) Auf der Grundlage des vom Beirat erstellten Berichts und nach Anhörung des betreffenden Ausschussmitglieds sowie nach Konsultation des Ersten Vizepräsidenten, des Vorsitzenden der Kommission für Finanz- und Verwaltungsfragen, des Vorsitzenden der nationalen Delegation und des Vorsitzenden der Fraktion des betreffenden Mitglieds trifft der Präsident eine begründete Entscheidung darüber, ob ein Fall von Belästigung vorliegt, die auch eine Sanktion nach Artikel 8 Absatz 4 umfassen kann. Die Entscheidung kann auf der im Bericht des Beirats enthaltenen Begründung beruhen, wenn die Schlussfolgerungen des Berichts bestätigt werden. Die Entscheidung enthält jedoch eine eigene Begründung, wenn sie von den Schlussfolgerungen des Berichts abweicht. Der Präsident übermittelt die begründete Entscheidung dem Bediensteten und dem Mitglied und unterrichtet den Beirat und die Anstellungsbehörde darüber.

(8) Das betreffende Mitglied kann binnen zwei Monaten nach Übermittlung der begründeten Entscheidung des Präsidenten gemäß Artikel 263 AEUV Klage beim Gerichtshof einreichen.

(9) Auf der Grundlage der begründeten Entscheidung des Präsidenten und nach Anhörung des Juristischen Dienstes fasst die Anstellungsbehörde einen endgültigen Beschluss über den Antrag auf Beistand. Gelangt der Präsident in seiner begründeten Entscheidung zu dem Schluss, dass ein Fall von Belästigung vorliegt, entscheidet die Anstellungsbehörde über die Maßnahmen, die zur Unterstützung des Opfers der Belästigung zu ergreifen sind. Gelangt der Präsident in seiner begründeten Entscheidung zu dem Schluss, dass kein Fall von Belästigung vorliegt, und beabsichtigt die Anstellungsbehörde, den Antrag auf Beistand abzulehnen, so bietet sie dem betroffenen Bediensteten zuvor die Gelegenheit, angehört zu werden. Vorsätzlich falsche oder irreführende Anträge auf Beistand können zu Disziplinarmaßnahmen gegen den Bediensteten führen.

(10) Sollten sich die Belästigungsvorwürfe gegen den Präsidenten richten, so übernimmt der Erste Vizepräsident die dem Präsidenten gemäß Absatz 2, Absatz 7 und Absatz 9 zugewiesene Rolle, und ein Vizepräsident, der einer anderen Fraktion und einer anderen nationalen Delegation als der Erste Vizepräsident angehört, übernimmt die Rolle, die dem Ersten Vizepräsidenten in Absatz 7 zugewiesen wird.

(11) Die Anstellungsbehörde kann jederzeit beschließen, vorläufige Maßnahmen zu erlassen. Insbesondere kann dem betroffenen Bediensteten die Genehmigung erteilt werden, seiner Arbeit zu Hause oder im Ausschuss, jedoch nicht in der Nähe des betreffenden Mitglieds nachzugehen, oder ihm kann Urlaub gewährt werden. Die Anstellungsbehörde unterrichtet den Beirat über die getroffenen Maßnahmen und teilt ihm mit, ob es erforderlich ist, das betreffende Mitglied des Ausschusses zu unterrichten.

#### *Artikel 10*

#### **Zusammenarbeit mit den nationalen Justizbehörden**

- (1) Legt der mutmaßliche Verstoß den Verdacht einer Straftat nahe, unterrichtet der Präsident die zuständigen nationalen Behörden in den betreffenden Mitgliedstaaten.
- (2) Der Ausschuss arbeitet uneingeschränkt mit den zuständigen nationalen Behörden zusammen.

#### *Artikel 11*

#### **Inkrafttreten**

Dieser Verhaltenskodex tritt am 26. Januar 2020 in Kraft.

---

*Anhang*

**ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG DER FINANZIELLEN INTERESSEN**

(nur vorzulegen, wenn die nationalen oder subnationalen Rechtsvorschriften keine öffentliche Erklärung vorsehen)

NAME:

VORNAME:

- Ich habe keine direkten finanziellen Interessen im Sinne von Artikel 6 Absatz 3 des Verhaltenskodexes.
- Ich habe direkte finanzielle Interessen im Sinne von Artikel 6 Absatz 3 des Verhaltenskodexes, und zwar an folgenden Rechtssubjekten:

Ich erkläre, dass die obigen Angaben wahrheitsgemäß und richtig sind.

Datum:

Unterschrift:

**BERICHTIGUNGEN****Berichtigung der Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen**

*(Amtsblatt der Europäischen Union L 321 vom 12. Dezember 2019)*

Seite 11, Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe c:

*Anstatt:* „Die Kommission erlässt spätestens bis 2. Juli 2020 die Durchführungsrechtsakte gemäß Buchstabe ea.“

*muss es heißen:* „Die Kommission erlässt spätestens bis 2. Juli 2021 die Durchführungsrechtsakte gemäß Buchstabe ea.“

---

**Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/1155 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex)**

(Amtsblatt der Europäischen Union L 188 vom 12. Juli 2019)

1. Seite 30, Artikel 1 Nummer 3, Änderung des Artikels 3 Absatz 5 Buchstabe c

*Anstatt:* „c) Drittstaatsangehörige, die über ein gültiges Visum für einen nicht an der Annahme dieser Verordnung beteiligten Mitgliedstaat oder für einen Mitgliedstaat, der die Bestimmungen des Schengen-Besitzstands noch nicht vollständig anwendet, oder für einen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder für Kanada, Japan oder die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen, ...“

*muss es heißen:* „c) Drittstaatsangehörige, die über ein gültiges Visum für einen nicht an der Annahme dieser Verordnung beteiligten Mitgliedstaat oder für einen Mitgliedstaat, der die Bestimmungen des Schengen-Besitzstands noch nicht vollständig anwendet, oder für Kanada, Japan oder die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen, ...“.

2. Seite 31, Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe a, Änderung des Artikels 10 Absatz 1

*Anstatt:* „(1) Der Antragsteller hat einen Antrag zur Abnahme der Fingerabdrücke gemäß Artikel 13 Absätze 2 und 3 und Absatz 7 Buchstabe b persönlich einzureichen. Unbeschadet des Absatzes 1 Satz 1 und des Artikels 45 kann der Antragsteller seinen Antrag, sofern möglich, auf elektronischem Wege einreichen.“

*muss es heißen:* „(1) Der Antragsteller hat bei Antragstellung zum Zweck der Abnahme der Fingerabdrücke gemäß Artikel 13 Absätze 2 und 3 sowie Absatz 7 Buchstabe b persönlich zu erscheinen. Unbeschadet des Satzes 1 des vorliegenden Absatzes und unbeschadet des Artikels 45 kann der Antragsteller seinen Antrag, sofern möglich, auf elektronischem Wege einreichen.“

---

**Berichtigung der Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 575/2013, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 806/2014**

(Amtsblatt der Europäischen Union L 314 vom 5. Dezember 2019)

Seite 58, Artikel 63 Absatz 4 Buchstabe e:

Anstatt :            ,e) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Die ESMA erarbeitet in Abstimmung mit der EBA Entwürfe technischer Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Informationen die antragstellende Drittlandfirma in dem in Absatz 4 genannten Antrag auf Registrierung sowie in Bezug auf die gemäß Absatz 6a zu übermittelnden Angaben zu übermitteln hat.

Die ESMA legt diese Entwürfe technischer Regulierungsstandards der Kommission bis zum 26. September 2021 vor.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, diese Verordnung zu ergänzen, indem die in Unterabsatz 1 genannten technischen Regulierungsstandards gemäß den Artikeln 10 bis 14 der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 erlassen werden.“;

muss es heißen:    ,e) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Die ESMA erarbeitet in Abstimmung mit der EBA Entwürfe technischer Regulierungsstandards, in denen festgelegt wird, welche Informationen die antragstellende Drittlandfirma in dem in Absatz 4 genannten Antrag auf Registrierung sowie in Bezug auf die gemäß Absatz 6a zu übermittelnden Angaben zu übermitteln hat.

Die ESMA legt diese Entwürfe technischer Regulierungsstandards der Kommission bis zum 26. September 2020 vor.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, diese Verordnung zu ergänzen, indem die in Unterabsatz 1 genannten technischen Regulierungsstandards gemäß den Artikeln 10 bis 14 der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 erlassen werden.“

Artikel 63 Absatz 4 Buchstabe f:

Anstatt:            ,f) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die ESMA erarbeitet Entwürfe technischer Durchführungsstandards, in denen das Format für die Übermittlung des in Absatz 4 genannten Antrags auf Registrierung und für die Meldung der in Absatz 6a genannten Angaben festgelegt wird.

Die ESMA legt diese Entwürfe technischer Regulierungsstandards der Kommission bis zum 26. September 2021 vor.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, diese Verordnung zu ergänzen, indem die in Unterabsatz 1 genannten technischen Durchführungsstandards gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 erlassen werden.“;

muss es heißen:    ,f) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die ESMA erarbeitet Entwürfe technischer Durchführungsstandards, in denen das Format für die Übermittlung des in Absatz 4 genannten Antrags auf Registrierung und für die Meldung der in Absatz 6a genannten Angaben festgelegt wird.

Die ESMA legt diese Entwürfe technischer Regulierungsstandards der Kommission bis zum 26. September 2020 vor.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, diese Verordnung zu ergänzen, indem die in Unterabsatz 1 genannten technischen Durchführungsstandards gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 erlassen werden.“

---



ISSN 1977-0936 (elektronische Ausgabe)  
ISSN 1725-2431 (Papierausgabe)



**Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union**  
2985 Luxemburg  
LUXEMBURG

**DE**